JLB 26. März 2012

INDUSTRIEGLEIS

Petition entzweit die Christsozialen

Geretsrieder CSU klagt über Wolfratshauser Parteifreunde

VON TANJA LÜHR
UND NINA DAEBEL

Geretsried/Wolfratshausen – Am Geretsrieder CSU-Stammtisch herrschte gestern Unmut über die Wolfratshauser Petition, die das Ziel hat, das Industriegleis stillzulegen und den Güterverkehr über die geplante S-Bahntrasse zu führen. „Es wird höchste Zeit, dass wir uns mit den CSU-Kollegen in Wolfratshausen einmal zusammensetzen", sagte der Ortsvorsitzende Ewald Kailberth. Er bezeichnete die Parteifreunde aus der Nachbarstadt als „Strippenzieher" von Heinz Wensauer, jenes Bürgers, der die Petition verfasst hat. Unterstützt wird Wensauer von der CSU-Fraktion, der Bürgervereinigung, den Grünen sowie den Bürgerinitiativen BIQ und „Bürger für Wolfratshauser Umgehungsstraße". Sie alle denken laut Kailberth „nur an die nächsten zwei, drei Jahre und nicht an die nächsten 20 Jahre". Kailberth wiederholte seinen Wunsch nach einem gemeinsamen Mittelzentrums-Leitbild. „Wir müssen langsam das Gespür füreinander bekommen", sagte Kailberth. Für April oder Mai kündigte er einen gemeinsamen Stammtisch mit der Wolfratshauser CSU an.

Ewald Kailberth fordert mehr „Gespür füreinander". FOTO: RED

Die Nachbarn wüssten ganz genau, dass sie Geretsried schadeten, wenn das Industriegleis wegfallen würde, schimpfte Stadträtin Sabine Gus-Mayer. Kreisrat Gerhard Knill sprach von einer „Abstrafung" Geretsrieds und seiner Unternehmen. Er wollte wissen, was Bürgermeisterin Cornelia Irmer dagegen zu tun gedenke.

Zeitgleich wurde auch beim CSU-Bürgerstammtisch im Gasthaus Löwenbräu in Wolfratshausen über das Thema gesprochen. Vize-Rathauschef Peter Plößl verwies hier ausdrücklich darauf, dass Wensauer „überparteilich" agiere. Stammtisch-Besucher Richard Dimbath wollte wissen, warum Geretsried an der Petition nicht beteiligt worden sei. Schließlich sei die Stadt Eigentümer des Grundes, über den die Gleise laufen. „Wenn Petitionen immer nur mit dem Einverständnis der Grundstückseigentümer zustande kämen, gäbe es wohl kaum noch welche", sagte der CSU-Ortsvorsitzende Manfred Fleischer.

Er betonte, dass man sich nicht das Recht nehmen lassen werde, sich für „Wolfratshauser Belange" einzusetzen. „Wir kämpfen für unsere Rechte."